



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 12/25 (Nr.40) am 13. Juni 2025

Dr. Nadja Rakowitz kommt

Zur Lage unserer Krankenhäuser

Letztes Jahr kam die Krankenhausreform. Sie wird bleiben. Allerdings kündigte die neue Koalition Korrekturen an, Fristen sollen angepasst werden und zusätzliche Mittel für die Kliniken wurden in Aussicht gestellt. Nun hat Nina Warken (CDU) das Amt inne und es steht die Frage, wie es weiter geht, ist man offenbar bemüht, das Gesundheitswesen dem Militär unterzuordnen. Wir laden zum Vortrag und Diskussion am 10. Juli ins ver.di-Haus in Saarbrücken.



Nadja Rakowitz solidarisch mit dem saarländischen Krankenhauspersonal anlässlich der großen Demo am 8. 3. 2007

Das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) unseres bekannten Professors Lauterbach stoppt nicht wie versprochen den rein betriebswirtschaftlich getriebenen kalten Strukturwandel der Kliniklandschaft, sondern wird im Gegenteil das Sterben insbesondere kleinerer Krankenhäuser auf dem Land verstärken, gleichgültig, ob diese für die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind oder nicht. Jetzt steht die Frage, wie geht die neue Bundesregierung damit um?

Die umstrittene Krankenhausreform wird nun allerdings auch von der Bundeswehr kritisiert: Um die Versorgung von Soldaten im Kriegsfall sicherzustellen, soll die Bevölkerung nachrangig behandelt werden.

Der Bundeswehr geht es in ihrer Kritik alleine darum, Kapazitäten für ihre Zwecke zu sichern, soll heißen:

die Versorgung verwundeter Soldatinnen und Soldaten im Kriegsfall. Für die Zivilbevölkerung zeichnet sich eine dramatische Situation ab, heißt es doch, dass ihre Versorgung schlichtweg unmöglich werden könnte.

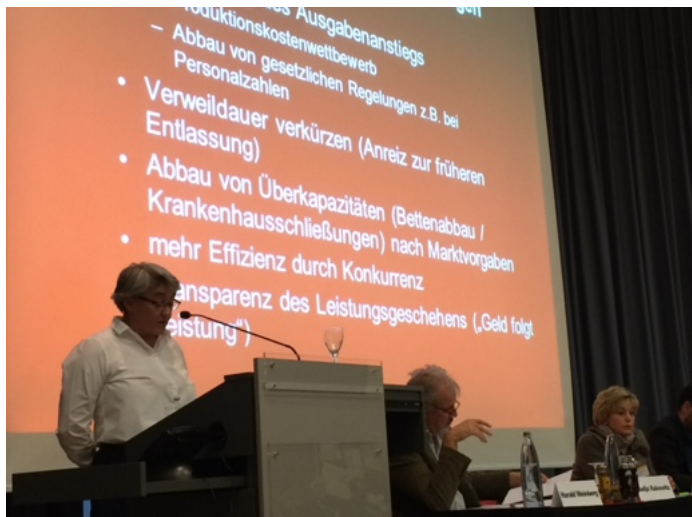
Seit Jahren wird immer offensichtlicher, dass sich im deutschen Gesundheitssystem dringend etwas ändern muss. Berichte von schlechter Versorgungsqualität, große und kämpferische Tarifauseinandersetzungen von Beschäftigten und zivilgesellschaftlichen Verbündeten weisen schon lange darauf hin, wie schlecht die Zustände in deutschen Kliniken sind.

Schon im März letzten Jahres hatte Bundesgesundheitsminister Lauterbach ein Gesundheitssicherstellungsgesetz verkündigt, das die medizinische Versorgung im Katastrophen- und Kriegsfall regeln soll. Schon einmal, in den 1980er Jahren, wurde ein Gesundheitssicherstellungsgesetz vorbereitet. Gegen



den damaligen Referentenentwurf gab es eine erhebliche Mobilisierung, vor allem vonseiten der deutschen Sektion der IPPNW (Internationale Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung). Der massive Widerstand konnte letztlich das Gesetz verhindern. Mit dem Slogan: „Wir werden euch nicht helfen können“, machten die Medizinerinnen und Mediziner deutlich, dass alle Vorkehrungen für „Zivilschutz“ im Kriegsfall (und besonders im Falle des Einsatzes von nuklearen Waffen) nur eine Illusion sein konnten.

Wir fragen uns, wie ist das alles zu bewerten, auf was haben wir uns einzustellen und wie müssen wir unsere Kämpfe führen? Wir gaben der Veranstaltung die Überschrift „Krankenhausreform und Zeitenwende Widerspruch oder Einheit - Versuch einer Analyse.“



Zum wiederholten Male hat ver.di die bekannte Soziologin Dr. Nadja Rakowitz zu einem Vortrag ins Saarland eingeladen. Nadja ist Geschäftsführerin des Vereins demokratischer Ärzt*innen. Der ver.di ist ein ärztlicher Berufsverband, der sich als kritische und progressive Alternative zu standespolitisch wirkenden Ärzteverbänden versteht. Er bietet Raum für gesellschafts- und selbstkritische Diskussionen, fördert die Vernetzung



politisch aktiver Ärzt*innen, Medizinstudierender und Psycholog*innen, erarbeitet Analysen und beteiligt sich an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Nadja ist auch Mitglied bei ver.di. So teamt sie seit Jahren mit unserem Aktivisten Hermann Weichel Seminare für MTAs.

Schon am 19. November 2003 hatte ver.di Nadja zu einem

der legendären „Sulzbacher Krankenhaus Gespräche“ ins Saarland geholt, 2012 befasste sie sich in Saarbrücken mit dem Kartellrecht in der Gesetzlichen Krankenversicherung. am 5.9.2013 gehörte sie zu eine der Referentinnen auf einer Veranstaltung der damaligen Fachbereiche 4 und 3 in der Arbeitskammer zur Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Schließlich gehörte sie auch zu den Referentinnen des Völklinger Symposiums „Krankenhäuser - wie krank ist das denn?“ am 9.10.2015. Dort wurde die Idee des Kampfes für einen Tarifvertrag Entlastung im Saarland entwickelt. In der Folge wurde dann der entsprechende Plan ausgearbeitet.

In ver.di ist sie besonders als Aktivistin des Bündnisses „Krankenhaus statt Fabrik“ bekannt. Dieses Bündnis wendet sich gegen die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens und besonders gegen das System der Fallpauschalen (DRG) in Krankenhäusern.

Kommt am 10.7. zu ver.di.

5 % BIP:

Das große Karthago

Bundeskanzler Friedrich Merz ist sich mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte einig.

Die Bundesregierung will sich Trumps Forderung beugen und 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär ausgeben. 3,5 % direkt für die Aufrüstung und 1,5 % auf kriegsbezogene Ausrüstung.

Die Bundeswehr soll zur stärksten konventionellen Armee in Europa gemacht werden. War das nicht schon mal so gewesen? Das Ergebnis war nicht sehr erfreulich. Bekanntlich mahnte Berthold Brecht: „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“



Sellemols: SPD, 1954

Im Mai haben Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) und Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) in die litauische Hauptstadt Vilnius, die im Aufbau befindliche deutsche Panzerbrigade 45 in Dienst gestellt. Die Brigade soll ab 2027 5.000 Soldatinnen und Soldaten stark sein und als erster Verband in der Geschichte der Bundeswehr fest im Ausland stationiert werden. Das markiert den Schritt von den zahlreichen Kriegseinsätzen der Bundeswehr zur militärischen Konzentration auf Russland, das gemäß einer Aussage des heutigen Außenministers Johann Wadephul (CDU) vom Februar „immer ein Feind“ sein



werde.

5 Prozent Bruttoinlandsprodukt, das sind aberwitzige 225 Milliarden Euro (225.000.000.000 Euro) und damit fast der Hälfte des gesamten Bundeshaushalts.

Deutschland gab im vergangenen Jahr bereits rund 78 Milliarden Euro für das Militär aus und lag damit weltweit auf Platz vier der Militärausgaben. Wenn jetzt noch viel höhere Summen in Waffen und Kriegsvorbereitung fließen sollen, wird das nicht ohne brachiale Kürzungen bei Rente, Gesundheit und Bildung finanziert werden können.

**INFORMATIONSFREIHEIT
IN GEFAHR:
DER FALL ASSANGE
UND SEINE FOLGEN**
über Julian Assange, Wikileaks und unser
Recht auf Information



„Wozu ist Journalismus gut, wenn man nicht über Kriegsverbrechen berichten darf?“
Julian Assange

Bildrechte: Wikileaks

**Samstag
5. Juli 2025
16 Uhr**
**ver.di Geschäftsstelle
Richard-Wagner-Str. 1
Kaiserslautern**

Referentin: **Claudia Daseking**, AssangeSupportBerlin

**SOZIALFORUM
KAISERSLAUTERN**
V.i.S.d.P.: ver.di Pfalz
Dave Koch - david.koch@verdi.de

dju.
Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

ver.di Bezirk
Pfalz

Seminar der Arbeitskammer

Wie der New Deal heute wieder Mut macht

Wir machen auf ein Seminar im Bildungszentrum der Arbeitskammer in Kirkel aufmerksam. Es findet vom 4. bis 6. November statt und kostet 45 Euro. Eine Freistellung kann nach SBFG erfolgen.

Wir brauchen Beispiele, die Mut machen. Mut zum Aufbruch in eine lebenswerte Zukunft auch für unsere Kinder und Enkel. Mut zum Konflikt mit politischen Bremsen und Klimaleugnern. Mut zu einer „sozial-ökologischen Transformation“ unserer Gesellschaft, in der die Industrie nicht trotz, sondern wegen ihrer Klimafreundlichkeit sichere Arbeitsplätze bietet. Mut zu einer Auseinandersetzung mit den rechten populistischen Tendenzen in Europa und Deutschland, die die Widersprüche unserer Lebensweise einfach leugnen.

Der brutale Rückschritt in den USA unter dem Präsidenten Donald Trump verstellt den Blick darauf, dass die Vereinigten Staaten einmal einen enormen gesellschaftlichen Aufbruch gewagt haben – mit dem „New Deal“ in den 1930er Jahren. Während damals in Deutschland die Nazi-Herrschaft errichtet wurde, folgten in den USA unter dem Präsidenten Franklin D. Roosevelt demokratische und soziale Reformen schnell aufeinander.

Aber auch während des „New Deal“ mussten sich die fortschrittlichen Kräfte mit rechten Bestrebungen auseinandersetzen, die bereits als Vorläufer des „Trumpismus“ verstanden werden können – mit einem reaktionären Sozialpopulismus, mit fundamentalistischen Evangelikalen und mit einem außenpolitischen Isolationismus, der dem Faschismus in die Hände spielte. Trotzdem konnte sich die progressive politische Bewegung durchsetzen.

Kultur spielte dabei eine wichtige Rolle. Das Songwriter Duo „Cuppatea“ aus Münster zeigt an musikalischen Beispielen im Seminar live die Stimmung in der damaligen Zeit in all ihren Facetten – und den emotionalen Aufbruch aus einer lähmenden Zeit. Kombiniert mit historischem Bildmaterial und den unterhaltsamen, kenntnisreichen Schilderungen des Sozialwissenschaftlers und Autors Steffen Lehnendorff lebt der Spirit des „New Deal“ wieder auf. So bietet das Seminar eine ungewöhnliche und unterhaltsame Inspiration dafür, welche Voraussetzungen ein neuer „New Deal“ heute braucht und wie er konkret aussehen könnte.

Konkret für das Saarland wird das Team Wirtschafts- und Umweltpolitik der Arbeitskammer des Saarlandes mit den Seminarteilnehmern die Herausforderungen der Transformation herausarbeiten. Dabei werden die Ansätze des „New Deal“ ebenso eine Rolle spielen wie die emotionalen Aspekte, die sonst oft zu kurz kommen.

Und dann nehmen sie sich viel Zeit für inhaltliche Debatten – über damals und über heute.

Referent/innen sind Jonas Boos, Frederik Moser, Dr. Joachim Hetscher, Sigrun Knoche und Dr. Steffen Lehnendorff. Anmeldung beim Bildungszentrum

Nix im August:

Keine Sitzung im August

Im August plant der Ortsverein Saar-Blies keine Veranstaltung bzw. Versammlung.

Wir sehen uns allerdings zum Antikriegstag, dem 1. September, in erneuter Frische in Völklingen. Informationen folgen.

Wer hat, dem wird gegeben

Milliardenschwere Steuersenkungen

Die Bundesregierung plant umfassende Steuersenkungen für Unternehmen. Laut Handelsblatt vom 31.5.25 wachen die sogenannten Entlastungen über Jahre an und sollen 2029 dann 17 Milliarden Euro betragen.

Unternehmen sollen demnach von 2025 bis 2027 Sonderabschreibungen für Investitionen geltend machen können. Wie das Handelsblatt weiter ausführte, werden die Abschreibungen 30 Prozent betragen und zwischen dem 30. Juni 2025 und dem 1. Januar 2028 gelten. An die drei Jahre mit den Sonderabschreibungen soll sich eine Senkung der Körperschaftsteuer (also der Einkommenssteuer für Unternehmen) anschließen. Der Steuersatz soll dem Bericht zufolge ab 1. Januar 2028 bis 2032 in fünf Schritten von 15 auf zehn Prozent reduziert werden. Zudem sehe der Gesetzentwurf vor, die steuerliche Forschungszulage großzügiger auszugestalten.

Laut Koalitionsvertrag soll es auch eine Sonderabschreibung für Unternehmen, die Elektroautos kaufen – praktisch eine Verkaufsförderung für diese derzeit schwer absetzbaren Fahrzeuge – geben. Es soll dabei im Jahr des Kaufs eine Abschreibung von satten 75 Prozent gelten.

Das Handelsblatt beziffert unter Verweis auf den Gesetzentwurf die Steuerausfälle mit 630 Millionen Euro im laufenden Jahr. Diese wachsen demnach von vier Milliarden Euro im Jahr 2026 auf 17 Milliarden Euro 2029 an.

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand
ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt; christian.umlauf@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf